

Neue Gerechtigkeit durch mehr Freiheit – Die Kraft der Freiheit neu beleben!

von Ronald Pofalla MdB,
Generalsekretär
der CDU Deutschlands



Neue Gerechtigkeit durch mehr Freiheit – Die Kraft der Freiheit neu beleben!

„Wir sind das Volk!“ In der jüngeren Geschichte unseres Landes haben nur wenige Sätze den Willen zur Freiheit und den Wunsch nach Selbstbestimmung so prägnant und eindrucksvoll zum Ausdruck gebracht. „Wir sind das Volk!“ – mit diesem Satz haben hunderttausende Menschen in Dresden, in Leipzig und schließlich in allen Teilen der ehemaligen DDR eine scheinbar unüberwindbare Mauer eingerissen und den eisernen Vorhang gleich mit.

Vor diesem Hintergrund wirken die heutigen Freiheitsdebatten in unserem Land sehr kleinteilig. Dennoch lohnt es sich, sie zu unterstützen. Das beginnt damit, sie ins Bewusstsein zu rufen. Jeder, der einmal versucht hat, ein Unternehmen zu gründen oder auch nur eine Garage auf seinem Grundstück zu bauen, weiß ein Lied davon zu singen. Ja, diese Beispiele sind lapidar – Aber Freiheit ist konkret und wir müssen darauf achten, dass sie in möglichst vielen Lebensbereichen verwirklicht werden kann.

Vier Dimensionen der Freiheit

Freiheit umfasst für mich vor allem vier Dimensionen: die individuelle, die politische, die religiöse und die wirtschaftliche Freiheit.

Individuelle Freiheit

Das Recht auf die freie Entfaltung der Persönlichkeit erwächst aus der Würde des Menschen. Dazu gehört das Recht, nach Lebensglück zu streben, das Leben in die eigene Hand zu nehmen. Dazu gehört, darüber zu befinden, wo, wie und mit wem man leben will.

Individuelle Freiheit heißt aber nicht, dass es eine Garantie für die erfolgreiche Verwirklichung der eigenen Lebenspläne gibt. Diese kann niemand geben – auch und gerade der Staat nicht. Wohl aber ist es Aufgabe des Staates dafür zu sorgen, dass möglichst viele Menschen ihre Chancen nutzen können.

Dazu gehört zum Beispiel, Start- und Bildungschancen zu verbessern. Da gibt es erheblichen Nachholbedarf. Denn viel zu oft bestimmt die Herkunft von Kindern über ihren schulischen Erfolg und damit über ihre Zukunft. Das ist mit unserem Verständnis von Chancengerechtigkeit nicht vereinbar.

Dazu gehört zum Beispiel, mehr für die Entscheidungsfreiheit von Müttern und Vätern zu tun. Wir müssen gleich drei Ungerechtigkeiten auflösen: Erstens die Ungerechtigkeit, dass sich Frauen wie Männer, die sich ganz der Erziehungsarbeit widmen wollen, ständig rechtfertigen müssen. Zweitens die Ungerechtigkeit, dass sich Menschen rechtfertigen müssen, die sich nicht für Kinder entscheiden oder entscheiden können. Drittens die Ungerechtigkeit, dass junge Frauen und Männer, die Kind und Beruf vereinbaren wollen, all zu oft an den Rahmenbedingungen scheitern. Diese erheblichen Behinderungen der freien Entfaltung der Menschen können wir nicht länger hinnehmen.

Individuelle Freiheit kennt Grenzen. Denn Freiheit bedeutet für meine Partei nicht Freiheit von etwas, sondern Freiheit zu etwas. Unser Freiheitsverständnis basiert auf verantworteter Freiheit. Das ist der Grund, warum das gültige Grundsatzprogramm der CDU mit „Freiheit in Verantwortung“ überschrieben ist. Diesen komplexen Gedanken umschrieb Dietrich Bonhoeffer mit wenigen, aber umso einprägsameren Worten: „Das Freisein von etwas erfährt seine Erfüllung erst in dem Freisein für etwas. Freisein allein um des Freiseins willen aber führt zur Anarchie.“ Und ich füge hinzu: Freiheit allein um des Freiseins willen führt zu Beliebigkeit und Beliebigkeit ist der größte Feind der Freiheit.

Politische Freiheit

Politische Freiheit ist Grundlage unserer Demokratie und unserer Verfassung. Fünf der ersten zehn Artikel unseres Grundgesetzes sind Freiheitsrechte – das zeigt den besonderen Wert der Freiheit.

Für viele Menschen in unserem Land ist die politische Freiheit heute eine Selbstverständlichkeit. Spätestens seit der Deutschen Einheit muss niemand mehr eine Gefängnisstrafe

Ungerechtigkeiten auflösen

Freiheit in Verantwortung

Politische Freiheit – keine Selbstverständlichkeit

fürchten, der für mehr Freiheit eintritt. Nur wenige Flugstunden von uns entfernt sieht das erschreckend anders aus.

Im weißrussischen Minsk werden Menschen ohne Gerichtsverfahren zu Gefängnisstrafen verurteilt, nur weil sie für freie Wahlen auf die Straße gegangen sind. Das können wir nicht hinnehmen. Gerade wir Deutschen sind nach den Erfahrungen mit zwei Diktaturen aufgerufen, Kämpfer für Freiheit und Demokratie auch in anderen Ländern zu unterstützen. Spricht man vor Ort mit der Opposition, erlebt man eindrucksvoll, wie wichtig ihr unsere Zuwendung und die offene Verurteilung der weißrussischen Regierung ist.

In Israel und im Libanon erleben die Menschen in diesen Wochen, dass politische Freiheit den Frieden als Grundlage braucht. Menschen auf der Flucht oder in Luftschutzkellern, Menschen in Angst um ihr Leben und das ihrer Familien leben nicht in Freiheit. Für die CDU ist dabei unmissverständlich klar: Es geht nicht nur um einen Frieden, der ein Schweigen der Waffen bedeutet - dies ist von zentraler Bedeutung. Gerade aus der Erfahrung unseres eigenen Landes wissen wir aber: Echter Frieden ist mehr. Wir treten deshalb ein für „Frieden in Freiheit“.

Wehrhafte Demokratie

Und auch in Deutschland bedarf die politische Freiheit heute noch immer des Schutzes. Die Anschläge vom 11. September 2001, der Mord am niederländischen Filmemacher Theo van Gogh, in Deutschland lebende Hassprediger und der Karikaturen-Streit haben dies gezeigt. Die Annahme, nach dem Zusammenbruch des Ostblocks würden sich Freiheit und Demokratie weltweit durchsetzen und die Zeit der weltpolitischen Widersprüche beenden, war falsch. Es gibt leider Menschen, die unsere Art zu leben nicht nur ablehnen, sondern aktiv bekämpfen. Es ist an uns, die wehrhafte Demokratie zu verteidigen und für unsere Werte einzutreten.

Religiöse Freiheit

Religion basiert auf Glauben und Glauben immer auf Freiheit. In Deutschland ist die Religionsfreiheit verwirklicht. Minderheiten können ihren Glauben leben. Das ist ein sehr hohes Gut. Wir leiten Religionsfreiheit nicht von Toleranz ab, son-

dern verstehen sie als universelles Menschenrecht. Das gilt leider nicht für alle Regionen dieser Welt: In der Türkei wird Christen in Regionen mit vielen Urlaubern ein Mindestmaß an Toleranz entgegengebracht, im Rest des Landes erleiden sie dagegen gemeinsam mit anderen religiösen Minderheiten Diskriminierungen erheblicher und vielfältiger Art.

In vielen Teilen der Erde ist die Situation noch dramatischer: Im pakistanischen Faisalabad wurde 2002 der Christ Agustine Ashiq Kingri Masih der Beleidigung des Propheten Mohammed für schuldig befunden und zum Tode durch den Strang verurteilt, nur weil er zum Katholizismus konvertiert war. In der nordvietnamesischen Provinz Thanh Hoa wurden im Juni 2006 vier Frauen der evangelischen „Full Gospel Church“ innerhalb weniger Tage zweimal von der Polizei misshandelt. Ihnen wurde vorgeworfen, sie würden Aberglauben verbreiten und störten „die öffentliche Ordnung“. In Saudi-Arabien wird in Schulbüchern gelehrt, dass „Juden und Christen Feinde der muslimischen Gläubigen“ seien und dass der „Kampf zwischen Moslems und Juden“ bis zum jüngsten Tag andauern werde.

Als christlich-demokratische Partei ist der Einsatz für weltweite Religionsfreiheit eine selbstverständliche Säule der Außenpolitik. Zuletzt hat der Karrikaturenstreit die Notwendigkeit eines internationalen Dialoges der Religionen unterstrichen. Einen solchen Dialog kann es nach meiner Überzeugung nur dann erfolgreich geben, wenn er von allen Beteiligten offen geführt wird. – Wir sind dazu bereit.

Wirtschaftliche Freiheit

Wirtschaftliche Freiheit im Ordnungsrahmen der Sozialen Marktwirtschaft ist die Voraussetzung für Wohlstand, Solidarität und soziale Sicherheit. Die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft gelten auch und gerade im Zeitalter der Globalisierung. Die Frage, die wir uns stellen müssen, heißt: Wie können wir die Soziale Marktwirtschaft zu einem globalen Export-schlager machen und in einen internationalen Ordnungsrahmen übertragen? Wir müssen die Globalisierung gestalten, denn eine Abschottungspolitik nach dem Vogel-Strauß-Prinzip würde nicht funktionieren.

**Religionsfreiheit –
ein universelles
Menschenrecht**

**Globalisierung
gestalten**

Soziale Marktwirtschaft basiert auf der Balance zwischen wirtschaftlicher Freiheit und sozialem Ausgleich. Beide Elemente sind nötig. Es macht keinen Sinn, sie gegeneinander auszuspielen. Es muss darum gehen, mehr wirtschaftliche Freiheit zu wagen und notwendigen sozialen Ausgleich gerecht zu gestalten.

Ja, wir brauchen mehr wirtschaftliche Freiheit. Das heißt für uns konkret, Barrieren abzubauen, die Wachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen behindern. Arbeitslosigkeit ist nicht nur die größte soziale Ungerechtigkeit in unserem Land, sondern auch ein tief greifender Einschnitt in die Freiheit der Menschen. Wir brauchen mehr wirtschaftliche Freiheit, damit sich Leistungsträger entfalten können und so mehr Arbeitsplätze entstehen. Unsinnige Bürokratie schränkt diese Freiheit ein. Wir müssen nicht verbindlich regeln, dass die Decken in Betrieben aus leicht abwaschbarem Material sind. Wir brauchen auch nicht in Betrieben einen gesetzlich verordneten Beauftragten für Müll und einen für Sondermüll.

„Mehr Freiheit“ heißt deshalb, das Subsidiaritätsprinzip neu zu beleben und die Dinge so nah wie möglich am Menschen zu regeln. Es kann nicht sein, dass Arbeitgeber wirtschaftliche Freiheit predigen, Arbeitnehmer Autonomie fordern, aber beide immer dann nach Regelungen – und damit Bevormundung – durch den Staat rufen, wenn es unangenehm wird. Was die Tarifvertragsparteien selber regeln können, soll der Staat nicht regeln. Diese Grundidee liegt auch den „Betrieblichen Bündnissen“ zu Grunde. Sich dafür auch in Zukunft weiter einzusetzen, bleibt richtig und notwendig.

Ja, wir brauchen ein neues Grundverständnis, wie wir notwendigen sozialen Ausgleich gestalten. Der soziale Ausgleich beinhaltet heute Fehlanreize und dies führt zu Ungerechtigkeit. Ludwig Erhardts Idee der Subsidiarität in der Sozialen Marktwirtschaft ist einem Wohlfahrtsstaatsverständnis gewichen, dessen falsche Gießkannenmethodik zielgenaue und effektive Hilfe für die wirklich Bedürftigen immer schwieriger macht. Hilfe der Allgemeinheit muss da ankommen, wo sie wirklich benötigt wird. Deshalb muss sie zielgerichteter und sehr viel transparenter erfolgen, als dies heute vielfach geschieht.

**Fehlanreize
beseitigen,
sozialen Ausgleich
neu denken**

Sozialer Ausgleich sichert die materielle Voraussetzung für Freiheit. Sozialer Ausgleich zielt auf „Freiheit von Not“. Heute leben in Deutschland rund 1 Millionen Kinder von sozialem Ausgleich. Das ist bedrückend, zumal Armut in unserem Land zu wenig Beachtung findet. Mit der Linderung der Not dieser Kinder und ihrer Familien ist es nicht getan. Vielmehr müssen die Ursachen beseitigt werden. Den betroffenen Familien muss ein Leben aus eigener Kraft ermöglicht werden. Ihre Kinder müssen Chancengerechtigkeit auf ihren Lebenswegen erfahren.

„Freiheit von Not“ ist nicht nur eine Disziplin der Außenpolitik oder Entwicklungshilfe. Es ist die Verpflichtung meiner Partei, die sich auf das christliche Menschenbild beruft, Armut im Aus- und im Inland zu bekämpfen.

Neue Gerechtigkeit durch mehr Freiheit

„Neue Gerechtigkeit durch mehr Freiheit“ – unter diesem Leitsatz steht die politische Arbeit der CDU in diesem Jahr. Meine Partei bekennt sich zum christlichen Menschenbild. Ein Menschenbild übrigens, ohne welches unser Grundgesetz und unsere freiheitliche Grundordnung undenkbar sind. Das christliche Menschenbild und unsere Grundwerte, Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit, zu denen wir uns auch im neuen Grundsatzprogramm bekennen werden, sind Kompass und Anspruch zugleich.

Die Grundwerte bedingen einander. Es gibt keine Hierarchie zwischen ihnen. Kein Grundwert kann ohne den anderen bestehen. Klar ist aber auch: In den letzten Jahren ist die Freiheit zu oft in den Hintergrund geraten. Es ist deshalb gerade die Kraft der Freiheit, die neu erkannt, belebt und genutzt werden muss – um mehr Solidarität und Gerechtigkeit zu schaffen.

Dieser Namensartikel ist in einer gekürzten Fassung im Handelsblatt am 21. August 2006 erschienen.

Christliches Menschenbild als Kompass und Anspruch

